



Liebe Leserinnen und Leser,  
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 19. März 2009.

CDU und FDP lehnten ab, aktuelle Anfragen zur Finanzierung des Kö-Bogens durch die Stadtparkasse Düsseldorf im öffentlichen Teil der Ratssitzung zu behandeln.

#### v Aktuelle Anfragen

Nachdem der Oberbürgermeister darauf hinwies, dass es zur aktuellen Anfrage der Linksfraktion zum Bundeswehreininsatz in Düsseldorf (Informationsveranstaltung „Karriere-Treff Bundeswehr“) keine kommunale Zuständigkeit gibt, wurde mehrheitlich abgelehnt, diese Anfrage auf die Tagesordnung zu nehmen.

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der SPD zur Sicherung von Fußgängerüberwegen auf der Kölner Landstraße erläuterte die Verwaltung, dass die Aufstellflächen neben den Gleisen zwischen 2,30 und 2,60 m breit sind und damit das Mindestmaß von 1,60 m deutlich überschreiten. Ein vor Jahren durchgeführter Versuch, Warnblinker auf nahende Straßenbahnen synchron mit roten Fußgängerampeln zu schalten, führte zu längeren Rotzeiten für Fußgänger und zur vermehrten Missachtung. Deshalb wurde dieser Versuch wieder eingestellt. Aufgrund von aktuellen Beratungen der Unfallkommission werden nun an allen Haltestellen auf der Kölner Landstraße zusätzliche akustische Signalgeber installiert mit umgebungsabhängigen Lautstärken.

Durch eine aktuelle Anfrage fragte die Linksfraktion nach polizeilichen Kontrollen zur Waffenaufbewahrung und Verwendung von „legalen“ Waffen bei Straftaten. Der Verwaltung liegen hierüber keine Informationen vor, sie wird die Fragen an den Polizeipräsidenten weiterleiten und die Antworten den Fraktionen zuleiten.

#### v Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der CDU zu Beratungs- und Fördermöglichkeiten für Energiesparmaßnahmen verwies die Verwaltung auf die SAGA, Serviceagentur Altbausanierung, die in Kooperation mit den Stadtwerken und der Verbraucherzentrale sowie einem Netzwerk aus Stadtparkasse, Kreishandwerkerschaft und haus- und grund Beratungen in Energiesparmaßnahmen durchführt. An zwei Thermografieaktionen nahmen in 2008 1000 Bürger teil. Am Förderprogramm klimafreundliches Wohnen in Düsseldorf haben 150 Bürger ihr Interesse bekundet. Seit 16.3.09 können Förderanträge gestellt werden. 33 Haushalte nehmen an einer Energiesparwette teil. In der Erprobung befindet sich das

Projekt Smart Metering. Fernlesbare Stromzähler ermöglichen, über Internet den Stromverbrauch einzelner Geräte abzurufen. Seit Mitte letzten Jahres werden 15 Langzeitarbeitslose als Energiesparberater für finanzschwache Haushalte eingesetzt. Die Beratungen und Lampencheque führen im Durchschnitt zu Einsparungen von 150 bis 170 Euro pro Jahr. Kinder und Jugendliche werden durch das Projekt Klassenziel Klimaschutz an das Thema herangeführt.

Die CDU Fraktion fragte nach betrieblichen Verbesserungsvorschlägen. Im Jahr 2008 wurden 35 eingereicht, davon sind 4 abschließend bewertet worden, aber nicht umsetzbar. In 2008 führten Verbesserungsvorschläge der Vorjahre zu einmaligen Mehreinnahmen von 140.000 Euro und wiederkehrenden Mehreinnahmen von 130.000 Euro. Für diese Verbesserungsvorschläge wurden 32.700 Euro Prämie gezahlt.

Die SPD Fraktion fragte nach der möglichen Schaffung von Stehplätzen in der LTU-Arena. Der Verwaltung erläuterte, dass die Untertribüne Süd auf eine Kapazität von 4563 Sitzplätzen ausgelegt ist. Im Falle der Umrüstung auf Stehplätze ist eine statische Nachrüstung erforderlich sowie eine Verbreiterung der Rettungswege. Außerdem wären Abschränkungen und Wellenbrecher nachgerüstet werden, da max. 2500 Personen in Stehblöcken zulässig sind. In einer Machbarkeitsstudie, die durch die Besitzgesellschaft der Arena in Auftrag gegeben werden könnte, müsste auch der logistische Aufwand für den Rückbau der Stehplätze bei Konzertveranstaltungen ermittelt werden.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90/Die Grünen erläuterte die Verwaltung die im Zusammenhang mit dem Bau der Wehrhahnlinie getroffenen Sicherheitsvorkehrungen an Gebäuden. Vor Baubeginn wurde eine Substanzrecherche anhand von Plänen und Ortsbegehungen durchgeführt. Gebäude, die oberhalb des Bohrtunnels liegen, erhalten Kompensationsinjektionen durch Zement. Setzungsempfindliche Gebäude, die neben dem Bohrtunnel stehen, werden durch Abschirmwände aus Beton geschützt. An insgesamt 400 Gebäuden an der Trasse und im Umfeld der Bahnhöfe werden Beweissicherungsverfahren in jedem Raum durchgeführt. Durch automatische Messsysteme werden die Gebäude beobachtet. Vor dem Hintergrund der Katastrophe in Köln wird eine Risikoanalyse durch zusätzliche Fachleute durchgeführt. Sicherheitsmaßnahmen für Fußgänger und Autofahrer werden wöchentlich in Absprache mit Polizei und Feuerwehr unter Einbeziehung der Aufsicht für Gesundheit und Arbeitsschutz überprüft.

#### v Anträge der Fraktionen

Mit den Stimmen von CDU, FDP und Linksfraktion wurde der Antrag von BÜ 90 abgelehnt, den Oberbürgermeister zu bitten, am 10.3.2010 die Flagge der Tibeter zu hissen (Enthaltung 1 CDU-Stimme). CDU und FDP verwiesen auf das Hausrecht des Oberbürgermeisters.

Nahezu gleich lautende Anträge lagen von SPD und Linksfraktion vor, durch die gefordert wurde, Kommunal- und Bundestagswahl am 27.9.2009 durchzuführen. Beide Anträge wurden von CDU, FDP und Reichert abgelehnt, obwohl sich sowohl der Oberbürgermeister als auch der CDU-Bürgermeister vor Wochen noch für eine Zusammenlegung der Wahltermine ausgesprochen hatten.

Einstimmig (Enthaltung Linksfraktion) beschlossen wurde auf Antrag von CDU/FDP, in den Familienzentren je Gruppe eine zusätzliche Fläche von 20 qm zu schaffen, maximal allerdings 100 qm pro Standort. Ein Ergänzungsantrag der SPD, die

Personalausstattung pro Familienzentrum und die Fachberatung im Jugendamt zu erhöhen, wurde von CDU und FDP als nicht notwendig abgelehnt.

Gegen die Linksfraktion (Enthaltung 1 Stimme BÜ 90) beauftragte der Rat auf Antrag von CDU und FDP die Verwaltung, die Satzung über Ehreenauszeichnungen dahingehend zu konkretisieren, dass straffällig gewordene Personen von Auszeichnungen ausgeschlossen werden können. Die Ausführungsbestimmungen zum Statut des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland sollten dabei als Vorbild gelten.

Der Antrag von BÜ 90, der Verwaltung zu empfehlen, anlässlich des „Equal Pay Day“ den Düsseldorferinnen einen 23%igen Nachlass auf die Eintrittspreise der städtischen Einrichtungen für einen Zeitraum von 79 Tagen zu gewähren, wurde von CDU, FDP, Reichert abgelehnt (Enthaltung SPD, Linksfraktion). Ein Änderungsantrag der Linksfraktion, sich für die Gleichstellung von Männern und Frauen vor allem in Bezug auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit für bei der Stadt beschäftigte Frauen einzusetzen und insbesondere in sozialen Berufen in höhere Entgeltgruppen einzugruppieren, wurde von BÜ 90, CDU, FDP, Reichert abgelehnt (Enthaltung SPD).

Ein Antrag von BÜ 90 zur das Quartier rund um den Worringer Platz als internationales Quartier zu entwickeln, entsprechende Maßnahmen zu planen und durchzuführen, wurde von CDU, FDP und Linksfraktion abgelehnt.

Ein Antrag der Linksfraktion, die Schulentwicklungsplanung mit dem Ziel der sofortigen Gründung von mindestens einer weiteren Gesamtschule zu ergänzen, wurde von CDU, FDP und Reichert abgelehnt. Die CDU sprach von Etikettenschwindel, da von den abgelehnten 241 Schülern 160 eine Hauptschulempfehlung hatten und genügend Plätze an Hauptschulen vorhanden sind. Für die SPD verwies Rudi Voller darauf, dass das Zentralabitur an Gesamtschulen nur mit einem geringfügig schlechteren Notendurchschnitt von 0,2 Punkten als an Gymnasien gemacht wird, was für die Qualität dieser Schulform spricht.

Ein Antrag der Linksfraktion, ein Verfahren für mehr Transparenz der Tätigkeiten und Entscheidungen der Aufsichtsräte zu entwickeln, wurde von SPD, BÜ 90, CDU und FDP abgelehnt. Aufsichtsratssitzung sollten teilweise öffentlich tagen, Ratsmitglieder die Protokolle erhalten, die Presse informiert, Wirtschaftspläne offen gelegt werden.

Auf Antrag der SPD forderte der Rat einstimmig die städtischen Vertreter in den Aufsichtsräten auf, auch die Beraterverträge und Honorarvereinbarungen der jeweiligen Gesellschaften sowie Tochtergesellschaften punktuell durch die Abschlussprüfer prüfen zu lassen. Abgelehnt durch CDU und FDP wurde der SPD-Antrag, dafür Sorge zu tragen, dass sich die städtischen Tochtergesellschaften Grundsätze guter Unternehmensführung (Corporate Governance Kodex) geben und die Vergütung der Mitglieder des Vorstandes, der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates im Jahresabschluss individualisiert veröffentlicht werden.

Abgelehnt wurde von SPD, CDU, FDP und BÜ 90 ein Antrag der Linksfraktion, sicherzustellen, dass in städtischen Einrichtungen nur gentechnikfreies Essen angeboten wird, da dies schon jetzt Grundlage der Lieferverträge ist.

Als überflüssig wurde von CDU und FDP ein Antrag der SPD abgelehnt, ein Dachflächenkataster fortzuschreiben mit Standorten, die sich zur Installation von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien (z.B. Photovoltaik) durch private Dritte eignen, und einen Koordinator als interdisziplinären Ansprechpartner für private Investoren zu benennen.

## v Personalien

### Der Rat

- wählte die Mitglieder des Aufsichtsrats der Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, die SPD ist vertreten durch Burkhard Albes (gegen Linksfraktion);
- wählte die Mitglieder des Aufsichtsrats der Industrieterreins Düsseldorf-Reisholz AG, die SPD ist vertreten durch Gudrun Hock, Petra Kammerevert und Günter Wurm (gegen Linksfraktion);
- empfahl der Gesellschafterversammlung städtische Vertreter in den Aufsichtsrat der AWISTA GmbH zu wählen, die SPD wird durch Peter Hansen vertreten (gegen Linksfraktion);
- wählte anstelle von Herrn Oberbürgermeister Elbers Ratsherrn Dr. Hassbach in den kommunalen Wahlausschuss, seine Stellvertreterin ist Ratsfrau Zimmermann (einstimmig);
- wählte Herrn Dr. Matthias Wetterau zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses (einstimmig);
- bestellte bei Enthaltung Linksfraktion Mitarbeiter der Verwaltung in den Gesellschafterrat der IDR Public Management GmbH (Beratungsgremium zur Vertretung der städtischen Ziele bei der Abwicklung der Baumaßnahmen rund um den Kö-Bogen);
- beschloss einstimmig die Wiederwahl von Schiedspersonen: Erhard Fritsch (Schiedsamsbezirk Hafen, Hamm, Volmerswerth, Flehe, Bilk, Christian Keusen (Schiedsamsbezirk Wittlaer, Angermund, Kalkum) und Herbert Richter (Schiedsamsbezirk Wersten, Himmelgeist, Holthausen, Itter);
- bestellte einstimmig neu als Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Flingern-Süd und Nord Herrn Bartholomä Ferdi Kohler;
- bestellte einstimmig auf Vorschlag des Jugendrates beratende Mitglieder der Fachausschüsse.

## v Verwaltungsvorlagen

Gegen Linksfraktion beschloss der Rat eine neue Preisstaffel für städtische Konzerte in der Tonhalle ab Konzertsaison 2009/2010.

Gegen SPD und Linksfraktion beschloss der Rat Preiserhöhungen für die Art:cards zum 1.5.2009. Für die Art:card erhöht sich der Preis von 70 auf 80 Euro, für die Art:card plus von 110 auf 120 Euro. Die Verwaltung rechnet mit Mehreinnahmen in Höhe von 40-50.000 Euro.

Im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II beschloss der Rat bei Enthaltung der Linksfraktion, befristet bis 31.12.2010 die Wertgrenzen für freihändige Vergaben sowie die Heranziehung freischaffender Mitarbeiter auf jeweils 100.000 Euro zu erhöhen.

Der Rat beschloss einstimmig eine Anpassung der Personal- und Fahrzeugkostensätze des Stadtentwässerungsbetriebes im Rahmen der internen Verrechnung um ca. 7,5 %.

Einstimmig beschloss der Rat aufgrund eines SPD-Antrages von März 2008 im Zuge des Anschlusses städtischer Kleingartenflächen an das öffentliche Kanalnetz die Gewährung von Darlehen an die betroffenen Gartenvereine mit einem Gesamtdarlehensrahmen in Höhe von 3 Mio Euro. Die möglichen Darlehen richten sich nach den anfallenden Baukosten pro Gartenparzelle, werden mit 3,9 % p.a. verzinst und sollen innerhalb von 10 Jahren in halbjährlichen Raten zurückgezahlt werden. Die Inbetriebnahme der Schmutzwasser-Sammelleitungen soll bis spätestens 31.8.2010 erfolgen. Ein Änderungsantrag der Linksfraktion, die Darlehen zu erhöhen, für Düsseldorfinhaber zins- und tilgungsfrei zu stellen, die Rückzahlungszeit zu verdoppeln und den Zinssatz zu halbieren, wurde von CDU, FDP, SPD, BÜ 90 abgelehnt.

Der Rat nahm die Geschäftsanweisung für die Finanzbuchhaltung zur Kenntnis.

Der Rat nahm einen Bericht über die Offene Ganztagschule im Primarbereich sowie das weitere Vorgehen zur Kenntnis. An 96 Grund- und Förderschulen sind 349 Gruppen mit 8348 Plätzen eingerichtet, die zu 94 % besetzt sind. In außerschulischen Angeboten bestehen im Bereich Sport und Bewegung 539 Plätze sowie im Bereich Musik, Kunst, Theater, Förderunterricht 1141 Plätze. Zum nächsten Schuljahr werden aufgrund der steigenden Nachfrage weitere Angebote eingerichtet, sodass dann 425 Gruppen mit 10222 Plätzen bestehen werden. Hierfür sind Investitionen in Höhe von ca. 4,4 Mio Euro einschl. Inventar notwendig. Der laufende Zuschussbedarf wird sich von 15,5 auf 17 Mio Euro erhöhen, wobei Elternbeiträge und Landesförderung bereits berücksichtigt sind.

Der Rat beschloss einstimmig die Beteiligung am Auditierungsverfahren „familiengerechte Kommune“. Das Verfahren wird Kommunen dabei unterstützen, bereits bestehende Projekte, Konzepte und Aktionen zur Familienfreundlichkeit zu erfassen, zu überprüfen und zu dokumentieren mit dem Ziel, weitere Entwicklungen anzustoßen.

Der Rat beschloss gegen Linksfraktion, BÜ 90 und einzelne Stimmen aus SPD und CDU einen verkaufsoffenen Sonntag in den Stadtteilen Altstadt, Stadtmitte und Golzheim am 29.3. in der Zeit von 13 bis 18 Uhr.

## v Investitionen

Der Rat beschloss mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD die Umsetzung des Konjunkturpaketes II. Durch das Konjunkturprogramm des Bundes werden Düsseldorf 50,5 Mio Euro zur Verfügung gestellt, von denen ab dem Jahr 2012 12,5 % im Rahmen des Finanzausgleichs zurückgezahlt werden. Der Betrag verteilt sich in Höhe von 41,6 Mio Euro auf den Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur (frühkindliche Erziehung, insbesondere energetische Sanierung an Schulen sowie kommunalen oder gemeinnützigen Einrichtungen der Weiterbildung) und in Höhe von 8,9 Mio Euro auf

den Schwerpunkt sonstige Infrastruktur (Städtebau ohne ÖPNV, Lärmschutz an kommunalen Straße, Informationstechnologie und sonstige Infrastrukturinvestitionen). Gefördert werden zusätzliche Investitionen, die nach dem 27.1.2009 begonnen wurden. In 2011 können Finanzhilfen nur für Vorhaben eingesetzt werden, die vor dem 31.12.2010 begonnen wurden und bei denen ein selbständiger Abschnitt im Jahr 2011 abgeschlossen wird. Die beschlossenen Maßnahmen betreffen

- Toiletten-, Fenster-, Fassaden- und Dachsanierungen an Schulen und Sporthallen,
- den Neubau einer Dreifachsporthalle (Max-Planck-Gymnasium),
- Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit,
- Vernetzung von Datentechnik,
- Lärminderungen durch „Flüsterasphalt“ an der Bonnerstraße (Adolf-Klarenbach-Straße bis Münchener Straße), Hüttenstraße (Helmholtz- bis Gustav-Poensgen-Straße), Münchener Straße (Bonner bis Itterstraße), Oberbilker Allee (Krupp- bis Schmiedestraße) und Uerdinger/Johannstraße
- energetische Sanierungen an der Kunsthalle, im NRW-Forum, Stadtmuseum und Schloss Benrath (Lager- und Werkstattgebäude),
- den Bau eines zusätzlichen Parkplatzes am ISS-Dome,
- die Strandbäder am Unterbacher See (Eingangs- und Kassenbereich Nord, Rettungswege Nord und Strandduschen Süd),
- eine Videokonferenzenanlage im Rathaus,
- Netzwerktechnik und Internet im WBZ,
- die Sanierung von 70 Bolzplätzen.

Die Umsetzung wird durch eine 6-köpfige Projektgruppe begleitet, wobei diese Personalkapazitäten durch externe Stellenausschreibungen wieder aufgefüllt werden. Zusätzlich werden externe Ingenieurbüros sowie nach europaweiter Ausschreibung ein Projektsteuerer eingesetzt. Über die Umsetzung des Investitionsprogramms wird zweimal jährlich in den Fachausschüssen berichtet.

Änderungsanträge von SPD, BÜ 90 und Linksfraktion wurden abgelehnt.

Die SPD beantragte, die Maßnahme Parkplatz ISS-Dome und Telepresence-Anlage im Rathaus zu streichen und ein zusätzliches Konjunkturpaket Düsseldorf aufzustellen mit den Maßnahmen, die freie Träger (Wohlfahrtsverbände, Waldorfschule) und Bezirksvertretungen beantragt haben.

BÜ 90 beantragte, die Maßnahme Parkplatz ISS-Dome auszuschließen und nur für 66 % des Volumens einen Beschluss zu fassen, um die beantragten Projekte der freien Träger hinsichtlich der Förderfähigkeit zu prüfen.

Die Linksfraktion beantragte, die Maßnahmen Parkplatz ISS-Dome, Telepresence-Anlage und Edelstahlgeländer Tonhalle herauszunehmen und stattdessen den behindertengerechten Umbau von Haltestellen, den Ausbau des Radwegenetzes und den Masterplan Bolzplätze zu forcieren.

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung

- des Neubaus einer Einfachsporthalle für den Stadtteil Wittlaer am Schulstandort der Katholischen Franz-Vaahsen-Grundschule in Wittlaer mit voraussichtlichen Kosten von 3,3 Mio Euro. Die Sporthalle soll primär Vereinen für Ballspielarten zur Verfügung gestellt werden und darüber hinaus durch die Grundschule als zusätzliche Sporthalle genutzt werden. Baubeginn ist im Frühjahr 2010 geplant (einstimmig);
- des Umbaus des Konrad-Adenauer-Platzes (gegen SPD, Enthaltung Linksfraktion). Auf der Grundlage des Siegerentwurfes eines Gutachterverfahrens



sollen die Verkehrsbeziehungen verbessert werden. Durch Verlegen der Straßenbahngleise in Richtung Bahnhofsgebäude wird Platz geschaffen, um die Bushaltestellen beidseits der Fahrbahn neben den Gleisen zu konzentrieren. Die Haltestellen werden barrierefrei umgebaut. Es sollen 200 überdachte Fahrradstellplätze eingerichtet werden. Es wird mit Gesamtkosten von 9,6 Mio Euro kalkuliert, hierzu werden Zuschüsse in Höhe von 5,2 Mio Euro erwartet. Die SPD lehnte die Vorlage wegen der 5 Meter hohen massiven Aufbauten an den Bahnsteigen ab. Ein Änderungsantrag von BÜ 90, perspektivisch die Einrichtung eines Fahrrad隧nells am Hauptbahnhof zu berücksichtigen, wurde von CDU und FDP abgelehnt.

Der Rat beschloss folgende Baumaßnahmen

- Modernisierung der Stadtteilbücherei Garath einschl. Erneuerung der WC-Anlagen und Einbau eines Aufzuges in die Freizeitstätte Garath, Gesamtkosten rd. 1,07 Mio Euro, Baubeginn Juli 2009 (einstimmig);

und genehmigte einstimmig Dringlichkeitsentscheidungen

- Umbau des Erdgeschosses und Ausbau des Dachgeschosses im Rahmen der Umwandlung der Gemeinschaftshauptschule Rather Kreuzweg zur erweiterten Ganztags Hauptschule mit Gesamtkosten von 1,8 Mio Euro, davon Zuschuss 0,3 Mio Euro;
- Ausbau des Dachgeschosses und Erweiterung der Offenen Ganztagschule an der Montessori-Grundschule, Lindenstraße mit Gesamtkosten von 1,75 Mio Euro,
- Umbauarbeiten zur Umwandlung der Fritz-Henkel-Gemeinschaftshauptschule, Stettiner Straße, in eine erweiterte Ganztags Hauptschule mit Kosten von 0,73 Mio Euro, davon Landeszuschuss 0,65 Mio Euro;
- die Herrichtung des Gebäudes Fehmarnstraße 46 für die sozialpsychiatrische Nebenstelle des Gesundheitsamtes. Die bisher im Schulgebäude Blumenthalstraße genutzten Räumlichkeiten werden nun für eine weitere Gruppe im Rahmen der offenen Ganztagsgrundschule benötigt. Die Kosten von 0,35 Mio Euro werden außerplanmäßig bereitgestellt.

## v Baurecht

Der Rat beschloss

- den Bebauungsplan „An der Eselsfurt“ (Eller). Das 1,9 ha große Plangebiet nördlich des Eselsbaches wird heute als Hausgärten und Grabeland genutzt. Durch den rechtsverbindlichen Bebauungsplan „Kikweg“ ist es seit 2005 als Wohngebiet sowie Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft ausgewiesen. Im Rahmen des Umlegungsverfahrens vorgebrachte Änderungswünsche bezüglich der Lage der überbaubaren Flächen und des Wendekreises der Erschließungsstraße werden nun im Bebauungsplan aufgegriffen, was allerdings die Flächen für Ausgleichsmaßnahmen geringfügig verändert (gegen Linksfraktion);
- alle mit der Herstellung der Erschließungsmaßnahmen für das Bebauungsplangebiet Max-Planck-Straße verbundenen Kosten auf den Investor zu übertragen. Damit verbunden ist eine Ausgleichszahlung für den Neubau einer Jugendfreizeiteinrichtung am Froschkönigweg und einen Betriebskindergarten, der von der Stadt bereits bezuschusst wurde (Enthaltung Linksfraktion).

Der Rat hob Beschlüsse der Bezirksvertretung 5 auf, nach denen eine Bauvoranfrage für den Neubau von zwei Doppelhäusern auf dem Grundstück Kittelbachstraße 61-67 ablehnend beschieden wird, auf und entschied positiv über diese Bauvoranfrage. SPD, BÜ 90 und Linksfraktion stimmten dagegen, die FDP enthielt sich.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen  
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,  
Email: [helgaleibauer@arcor.de](mailto:helgaleibauer@arcor.de)